Pfäffikon, 27. März 2022

**Ausflugsverkehr hat regionale Bedeutung**

***Mittels Motion fordert die SP Kanton Schwyz, dass Nachtverbindungen und der Ausflugsverkehr in das Grundangebot des öffentlichen Verkehrs aufgenommen werden. Ferner befürwortet sie die Harmonisierung der Baubegriffe im Rahmen der 2. Etappe des Planungs- und Baugesetzes (PBG). Zudem erachtet die SP die schweizweit höchste Steuerdisparität zwischen den Gemeinden weiterhin als äusserst problematisch und ist enttäuscht über die mangelhafte Umsetzung der erweiterten Anti-Rassismus-Strafnorm.***

Die Motion M 10/21 verlangt, dass Nachtangebote und touristischer Verkehr Platz im Grundangebot des öffentlichen Verkehrs erhalten. Die Bereitschaft der Regierung, Nachtangebote aufzunehmen – wenn auch später als 2024 – ist begrüssenswert. Hingegen kann das regierungsrätliche Nein in Bezug auf eine kantonale Finanzierung von stark touristisch geprägten Buslinien nicht akzeptiert werden. Für SP-Kantonsrat Thomas Büeler (Lachen) ist klar: «Touristische ÖV-Angebote haben regionalen Charakter, entsprechen einem zunehmenden Bedürfnis der Bevölkerung und können die Strassen vom Privatverkehr entlasten.» In diesem Sinne halten die Motionär:innen an der Erheblicherklärung des ursprünglichen Vorstosses fest.

**Interkantonale Vereinbarung schafft Klarheit**

Mit der vorliegenden Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes wird ein langjähriges Anliegen umgesetzt: die Einführung harmonisierter Baubegriffe gemäss der entsprechenden inter-kantonalen Vereinbarung. Ein Minderheitsantrag aus der Kommission verlangt, dass der Kanton Schwyz aus dem Konkordat austreten und demzufolge die Baubegriffe nicht übernehmen soll. SP-Kantonsrätin und RUVEKO-Mitglied Elsbeth Anderegg Marty (Altendorf) bezieht Stellung: «Schwyz hat dank der Mitarbeit im Konkordat die Möglichkeit, mitzuentscheiden. Sollte der Rat wider Erwarten dem Minderheitsantrag Folge leisten, wird die SP-Fraktion die Teilrevision ablehnen.»

**Einseitige Steuerpolitik**

Die SP-Fraktion ist enttäuscht über eine erneut nicht korrekte Beantwortung der Interpellation bezüglich einer NFA-Kostenbeteiligung der Gemeinden. Interpellant und SP-Kantonsrat Andreas Marty (Arth) kommentiert verärgert: „Ich finde es unerhört, dass der Regierungsrat nur die Erhöhung des Höfner Steuerfusses erwähnt, nicht aber, dass gleichzeitig im ganzen Kanton eine deutliche Steuerfusssenkung möglich wäre!“ Konkret müssten gemäss RRB die drei Höfner Gemeinden ihren Steuerfuss zwischen 36 und 45% einer Einheit erhöhen. Mit keinem Wort erwähnt die Regierung dabei, dass im Gegenzug durch die NFA-Beiträge der Gemeinden der Kantonssteuerfuss um 19% einer Einheit gesenkt werden könnte. Und bekanntlich hat der Kantonsrat für 2022 den Kantonssteuerfuss um 30 % gesenkt. Die Höfner Steuerpflichtigen müssten also künftig zwar rund 40% einer Einheit mehr Gemeindesteuern bezahlen, hätten aber gleichzeitig 50% tiefere Kantonssteuern als im 2021. Es kann also keineswegs behauptet werden, die Höfe wäre durch eine NFA-Kostenbeteiligung beim Steuerfuss nicht mehr konkurrenzfähig. Nach wie vor will der Regierungsrat nichts zugunsten einer Reduktion der hohen Steuerfussunterschiede machen, obwohl der Kanton Schwyz national betrachtet die grösste Steuerfussdisparität aufweist. Es ist äussert bedenklich, dass der Regierungsrat trotzdem keinen Handlungsbedarf für eine Reduktion sieht.

**Eine verpasste Chance**

Am 9. Februar 2020 sagte die Schweizer Stimmbevölkerung mit 63% Ja zum Schutz von LGB-Menschen vor Hass. SP-Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Freienbach) reichte mit Vertretern von glp, die Mitte und FDP eine Interpellation ein, um bei der Regierung nachzufragen, wer im Kanton Schwyz für die erweiterte Strafnorm und die damit einhergehenden Massnahmen zuständig ist. Die Regierung hält fast, dass keine weiteren Massnahmen ergriffen und auch nicht für nötig befunden werden. Muffler hält fest: «Die schulterzuckende Haltung der Regierung stimmt mich nachdenklich. Andere Kantone haben die erweiterte Strafnorm zum Anlass genommen, Analysen vorzunehmen und weitere Präventionsmassnahmen zu ergreifen.»

**SP Kanton Schwyz**